



Endlich Taten! Nach dem Streik Ist vor dem Protest, Foto: Franca Pedrazzetti.

Streikfrauen aus der ganzen Schweiz beschliessen:

Jetzt kommt der grosse Rentenprotest

Nach dem mächtigen Frauenstreik vom 14. Juni müssen die Frauen wieder „a d’Seck“. Weil der Bundesrat das Rentenalter schleifen will und bei der Lohngleichheit nicht vorwärtsmacht. 90 Frauen, vier Stunden Diskussion und zum Schluss Jubel und Applaus. Am 24. August haben sich Streikfrauen aus der ganzen Schweiz beraten, wie es nach dem 14. Juni weitergehen soll. Unia-Frauenverantwortliche Corinne Schärer war am Treffen in Grenchen SO dabei und sagt: „Die Motivation ist ungebrochen. Es wird weiter mobilisiert“.

Zahnlos und schwach

Das ist auch nötig. Trotz dem riesigen Erfolg des Frauenstreiks: Gerade läuft der nächste Angriff auf die Frauenrechte. SP-Bundesrat und AHV-Minister Alain Berset hat verkündet, dass Frauen künftig ein Jahr länger arbeiten müssten - und damit den Grossteil der AHV-Sanierung zahlen sollen (Work berichtete). Da sind sich die Teilnehmerinnen des Grenchner Treffens alle einig: „Wir werden uns wehren“ Mit koordinierten Kampagnen und Aktionen wollen sie den Rentenangriff verhindern. Unia-Frau Schärer sagt: „Offenbar haben die Politikerinnen und Politiker nach dem Frauenstreik gar nichts begriffen“. So wie auch bei der Lohngleichheit. Am 21. August informierte das Bundesamt für Justiz unter FDP- Bundesrätin Karin Keller-Sutter: Die ersten gesetzlichen Lohnanalysen in Unternehmen sollen frühestens in einem Jahr durchgeführt werden. Mit konkreten Resultaten ist erst 2023 zu rechnen. Dabei ist das revidierte Gleichstellungsgesetz, in dem die Analysen festgeschrieben sind, schon seit einem Jahr unter Dach und Fach. Die Gewerkschaften hatten darauf gedrängt, dass es möglichst schnell durchgesetzt werde. Denn der Lohnschiss an den Frauen ist monströs: Um ganze 650 Franken wird eine Berufsfrau pro Monat geprellt - schlicht und einfach, weil sie eine Frau ist und kein Mann (Work berichtete: rebrand.lyj luxusferlen) . Das Zögern des Bundesrats macht Gewerkschafterin Schärer gleich doppelt hässig. Sie kritisiert: „Nach einem schwachen Gesetz kommt jetzt eine noch schwächere Umsetzung.“ Schliesslich sind die neuen gesetzlichen Massnahmen ohnehin schon fast zahnlos: Nicht einmal ein Prozent aller Unternehmen in der Schweiz werden zur Lohnanalyse verpflichtet, und die rechte Mehrheit im Parlament hat es geschafft, jegliche Sanktionen zu verhindern.

Neue Lohn-Offensive

Immerhin: Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Ein Vorstoss der Grünen im Parlament fordert eine unabhängige Lohngleichheitskommission. Sie soll die Einhaltung der Lohngleichheit nicht nur überwachen, sondern auch durchsetzen können. Das heisst: Stich-Kontrollen in den Betrieben, Einblick in die Lohnanalysen und Sanktionen gegenüber Firmen, die gegen das Lohngleichheitsgesetz verstossen. Ähnlich, wie das heute die tripartite Kommission des Bundes bei der Überwachung der Personenfreizügigkeit tut. Dort arbeiten Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften, der Unternehmerverbände sowie von Bund und Kantonen zusammen. Die Unia fordert schon lange: Das muss es auch bei der Lohngleichheit geben. Das Geschäft wird voraussichtlich am 11. September im Nationalrat behandelt. Unabhängig davon, wie die Debatte ausgeht: vor dem Thema Gleichstellung können sich Bundesrat und Parlament nicht mehr weiter drücken. Am Treffen in Grenchen haben die Streikorganisatorinnen nämlich beschlossen, alle 17 Punkte des Frauenstreik-Manifests weiterzuverfolgen. Dazu gehören neben Rente und Lohngleichheit etwa die Anerkennung von unbezahlter Care-Arbeit und das Ende von Sexismus und Gewalt.

Patricia D’Incau.

Work online, 30.8.2019.

Personen > D’Incau Patricia. Frauen. Gleichstellung. Work online, 2019-08-30